

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortl. Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 18. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortl. Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Wahlen in Deutschösterreich.

Wien, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der gestrige Wahltag ist in voller Ruhe verlaufen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben von den 48 Mandaten Wien die Sozialdemokraten 28 erhalten (Verlust 4), die Christlichsozialen 16 (Gewinn 3), die Großdeutschen 3 (Gewinn 1), die bürgerliche Arbeitspartei 1 (Gewinn 1). Gewählt ist unter anderem der frühere Außenminister Czernin. Die jüdischnationalen und die Tschechen, die in der vorigen Nationalversammlung je einen Abgeordneten hatten, verlieren ihre Mandate. Die Kommunisten erhalten kein Mandat. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sind nicht wiedergewählt der Gesandte in Berlin Dr. Ludo Hartmann, der ehemalige Alterspräsident David, der langjährige Abgeordnete Eduard Rieger und Alois Bauer, der natürlich nicht mit Dr. Otto Bauer zu verwechseln ist.

Wahlkreis Ostböhmen: 5 Christlichsozialen, 3 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher (im ganzen unverändert).

Wahlkreis Wiener-Neustadt: 7 Sozialdemokraten (Verlust 1), 4 Christlichsozialen (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher).

Wahlkreis Krems: 5 Christlichsozialen (Gewinn 2), 2 Sozialdemokraten (wie bisher), 1 Großdeutscher (Verlust 2).

Wahlkreis Korneuburg: 1 Sozialdemokrat (Verlust 1), 6 Christlichsozialen (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher).

Oberösterreich: 14 Christlichsozialen (Gewinn 3), 5 Sozialdemokraten (Gewinn 1), 3 Großdeutsche (Verlust 3).

Salzburg: 3 Christlichsozialen, 2 Sozialdemokraten, 2 Großdeutsche. (Unverändert).

Tirol (Teilergebnis): 6 Christlichsozialen, 2 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher.

Borzerberg: 3 Christlichsozialen, 1 Sozialdemokrat. (Unverändert).

Steiermark: steht noch aus.

Wien, 18. Oktober. Bei den gestrigen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten in Wien insgesamt 434 824 Stimmen gegen 513 145 im Vorjahre, die Christlichsozialen 281 946 gegen 210 548 im Vorjahre, die Großdeutschen 88 076 gegen 63 983.

Wien, 17. Oktober. Die Wahlbeteiligung für die Nationalversammlung in den Wiener Bezirken war in den Vormittagsstunden auffallend schwach, besserte sich aber im Laufe des Tages und erreichte schließlich 80-88 Prozent.

Die Verteilung der Mandate.
Wien, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen dürften auf ihre alte Stärke kommen. Die Christlichsozialen haben einen stärkeren Gewinn aufzuweisen, aber es ist vollkommen ausgeschlossen, daß sie die Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten. In den Wahlkreisen dürften erhalten Christlichsozialen 75 Mandate, die Sozialdemokraten 63 und die Großdeutschen 18. Die hiesigen Zahlen ist für Wien mitgerechnet; dort haben wegen der Volksabstimmung keine Wahlen stattgefunden.

Man führt den Erfolg der Christlichsozialen ganz besonders auf die Frauen zurück. Die Kommunisten haben jämmerlich abgeschrieben, in ganz Wien erhielten sie nur 14 100 Stimmen

und im Wahlkreis Wiener-Neustadt, wo ihre Bewegung in einzelnen Orten besonders stark ist, haben sie nur etwa 2 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht. Wien wählte 28 Sozialdemokraten (minus 4), 16 Christlichsoziale (plus 3), 3 Großdeutsche (plus 1), 1 bürgerliche Arbeitspartei (Czernin), keinen Zionisten, keinen Tschechen und keinen Kommunisten.

Genosse Dr. Ludo Hartmann dürfte auch der neuen Nationalversammlung angehören, da er an die Stelle des wahrscheinlich gewählten Genossen Karl Leutner auf die Reichsliste kommt.

Die Wahlen in Deutschösterreich zeigen das Gesicht, das man erwarten mußte. Wie in Deutschland bei den Juniwahlen hat auch in Deutschösterreich der bürgerliche Gedanke sich einbar einen Sieg errungen. Einmal liegt das daran, daß in dem Jahr, das auf den Weltkrieg folgte, viele Elemente zur Sozialdemokratie überliefen, die innerlich nichts mit ihr gemein hatten und die jetzt wieder Anschluß an die bürgerlichen Parteien suchen.

In zweiter Linie hat die Not der Zeit das ihre getan. Es war bequemer für die Christlichsozialen, mit der Phrase haufieren zu geben: sorgt dafür, daß die sozialistische Miswirtschaft nicht wiederkehrt, und Handel und Wandel wird unter der bürgerlichen Ära wieder aufblühen. Nun, man hat es ja in Deutschland gesehen, in wie hohem Grade aufbauend die Roten Kettenbefreier wirken. Den Himmel können auch sie nicht auf die Erde herabsaubern. Mit langen Gesichtern und wachsender Unzufriedenheit erkennen die „Befreier“, daß das Herz der Ententemänner gleich kalt bleibt, ob sie in Versailles mit einer sozialistischen oder in Spa mit einer gut bürgerlichen Regierung aufzusammeln, und daß ein Sue ein immerhin besserer Volksvertreter ist als Simmes. Und man sieht sich schon heute nach jener Zeit zurück, in der es nicht möglich war, daß die Margarine in 14 Lozen von 9 M. auf 15 M. heraufschneit und der indonesische 3-Mark-Ruder vom Markt verdrängt, um dem „ausländischen“ 13-Mark-Ruder Platz zu machen. Nun sind die Verhältnisse in Oesterreich keineswegs besser als in Deutschland; aber daß sie unter einer bürgerlichen Regierung besser werden sollten, daran ist ebensowenig zu denken wie in Deutschland.

Leider sind die Verhältnisse in Oesterreich viel verwickelter als bei uns. Dort würde ein bürgerlicher Block auch nach dem Wahlsieg sich nicht den Versuch einer rein bürgerlichen Regierung leisten können. Die Sozialdemokratie ist zwar an die zweite Stelle gerückt, aber nur, um den Christlichsozialen ein paar Sessel zu überlassen.

Es wird aber auch in Deutschösterreich zutage treten, eben heute nicht von ein paar Mandaten mehr oder weniger ab, er hat sich jenseits der starrten Parteidoctrin fest in das Räderwerk des Staates eingebettet und kann daraus nicht mehr vertrieben werden, ohne den steten Gang der Staatsmaschine zu gefährden. Und so ist der Sieg der Bürgerlichen in Deutschösterreich nicht viel mehr als ein Augenblickserfolg, wie ja überhaupt die Natur die Wellenlinie liebt, im Aufstieg sowohl, wie im Abstieg.

Bundesrat hielt der Sekretär des Bundes, Dürer, ein Referat gegen die Schaffung einer Einheitsorganisation durch Verschmelzung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteibereinigungen. Er bezeichnete das in den Beratungen vom Freitagnachmittag vorgeschlagene Baseler Projekt als unannehmbar. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag der Bolschewisten mit 188 Stimmen abgelehnt und dadurch der Antrag des Bundeskomitees auf Verwerfung einer Einheitsorganisation angenommen.

Das arme Frankreich.
Paris, 18. Oktober. Eine Sabotagemeldung hebt im Hinblick darauf, daß für das laufende Budget keine neuen Steuern vorgeschlagen werden, hervor, daß dies durch den regelmäßigen Gang der bestehenden Steuern ermöglicht worden sei, die dem Lande völlige finanzielle Sicherheit böten. Frankreich lehre somit zur normalen Lage zurück. So schwer auch die Lasten für das Land seien, so sei es doch in der Lage, sie aufzubringen. Frankreich, das am meisten unter dem Arlege gelitten habe, sei eins der ersten, wenn nicht das erste Land, das in Ordnung und Sicherheit an die Friedensarbeit herangekommen sei.

Schadenersatzforderungen der Offiziere. Nach einer Meldung der B.S.-Korrespondenz hat die polnische Regierung in den letzten Wochen im Regedixist ungefähr 200 deutsche Transporthilfe beschlagnahmt, die während des Krieges für die Deeresverwaltung Transporte durchzuführen hatten. Die der Offiziergruppe des Verbandes der Privat-Schiffer angehörenden Besitzer der Schiffe beabsichtigen, dem Reich gegenüber die Forderung auf Schadenersatz geltend zu machen. Der Schaden beträgt angeblich über 100 Millionen Mark.

Russenausweisung.

Sinowjew und Losowski ausgewiesen.

Die B.S.-Korrespondenz meldet: Auf Veranlassung der Reichsregierung hat der preussische Minister des Innern Severing am gestrigen Sonntag die Ausweisung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Dritten Internationale Sinowjew und des Präsidenten der allrussischen Gewerkschaftsverbände Losowski angeordnet.

Wie wir hören, sind für die Ausweisung keine besonderen Gründe angegeben worden. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums überbrachten Losowski heute morgen, als er im Begriff stand, nach Dresden zu fahren, den Ausweisungsbefehl. Gemäß der Verfügung des Polizeipräsidiums wurde über Losowski Hausarrest verhängt, und es wurde ihm verboten, das Telefon zu benutzen. Dagegen wurde ihm gestattet, Besuche, die bereits vorher gemeldet waren, zu empfangen. Polizeibeamte blieben im Haus, um die Reiseforbereitungen des Russen zu überwachen. Wie wir hören, wollte Losowski sich von Dresden nach Stuttgart begeben, um von Süddeutschland aus mit den italienischen Bolschewisten Fühlung zu nehmen, da ihm vorläufig inoffiziell mitgeteilt worden ist, daß die italienische Regierung ihm die angestrebte Einreiseerlaubnis erteile. Losowski will nun nach Hamburg zurückkehren, um von dort aus auf seinem in Hafen liegenden Dampfer Deutschland zu verlaufen.

Sinowjew, der in der Versammlung in der „Neuen Welt“ sich vor den dort Erschienenen mit der Freitagsentschuldigung, wird aller Wahrscheinlichkeit nach Berlin in den nächsten 24 Stunden nicht verlassen, da er sich krank fühlt und sich durch einen Arzt untersuchen ließ, der starkes Fieber feststellte. Auch er wird von Polizeibeamten überwacht, die seinen Verkehr mit der Außenwelt kontrollieren. Im übrigen sind die beiden Ausweisungsbefehle gegen die Russen insofern befristet, als ausdrücklich gesagt ist, daß Losowski und Sinowjew mit der nächsten Gelegenheit Berlin und das Deutsche Reich zu verlassen haben.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß sich die bürgerliche Reichsregierung dem Drängen der Medien nach Ausweisung der beiden Bolschewistenführer gefügt und an die preussische Regierung eine diesbezügliche Anordnung gerichtet hat. Die Verantwortung für diesen Schritt trägt somit die Reichsregierung, die preussischen Behörden sind nur ausführende Organe.

Wir halten die Ausweisung Sinowjews und Losowskis für einen politischen Fehler. Allerdings war das Auftreten dieser beiden Leute von einer Unverschämtheit, die das Maß alles bisher Dagewesenen übersteigt. Aus einem Lande kommend, das keine Rede- und Versammlungsfreiheit kennt, haben sie hier als Gäste die verfassungsmäßige Freiheit der Deutschen Republik für sich in Anspruch genommen, um den gewaltsamen Aufstand und blutigen Terror gegen jene Regierung zu predigen, die ihnen durch Gewährung der Einreiseerlaubnis ein heutzutage ungewöhnliches Maß von Entgegenkommen bewiesen hatte. Alle Regierungen Europas und Amerikas hielten auch sonst schon die Kapitulation Moskaus von ihren Ländern fern, selbst die italienische Regierung, die bei dem letzten Metallarbeiterstreik das Gegenteil einer Scharfmacherpolitik betrieb, hat sich nicht dazu entschließen können, Losowski die Einreise zu gestatten. Die deutsche Regierung hatte dagegen den Russen Gastfreundschaft gewährt, und das schien uns klug, wenn auch voranzujehen war, daß diese Herrschaften ihr Gastrecht in ganz unverschämter Weise mißbrauchten würden.

Nun hat die Reichsregierung diesen Weg der politischen Klugheit verlassen, sie hat damit um die Häupter der beiden Russen für naive Gemüter die Gloriole eines — sehr bequemen — Märtyrertums erworben und den geistigen Gesundungsprozess der deutschen Arbeiterbewegung in empfindlicher Weise gestört. Denn die geistige Antidote des Bolschewismus kann nicht durch polizeiliche Bestfordons überwunden werden, sondern nur durch freien Verkehr und offene Aussprache. Je mehr Deutsche nach Russland kommen, um die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen, je mehr Russen Deutschland mit ihrer Sektslehre zu befehren versuchen und dadurch die natürlichen Abwehrkräfte der Arbeiterklasse wachrufen, desto leichter wird diese Gefahr, die in Wirklichkeit eine Gefahr ja nicht für das Vorkriegsregiment, sondern für die Arbeiterklasse selbst ist, überwunden werden. Man braucht nicht gleich nervös zu werden, wenn es einem dieser Leute gelingt, eine unfruchtliche Herrschaft durch blutrünstige Redensarten betrunken zu machen, von da bis zur Tat ist noch ein sehr weiter Weg.

Weil Dittmann nach Russland durfte, konnte er jene Briefe über Russland schreiben, die Tausenden deutscher Arbeiter die Augen öffneten. Weil russische Bolschewisten sich von der Polizei ungehindert, in die deutschen Parteiverhältnisse einmischen durften, fanden die Rechtsunabhängigen die Kraft, sich dagegen zu wehren, weil Sinowjew in Halle seine Katzenjägerlätze erlösen lassen durfte, konnte auch Martens aufstehen und den deutschen Arbeitern sagen, was sie zu erwarten haben, wenn sie diesen Klängen folgten. Die Politik der freien Aussprache hat bemerkenswerte Anfangs-

Streikwelle in England.

London, 18. Oktober. Tausende von Arbeitern der verschiedenen Industrien haben die Arbeit bereits eingestellt. Die Blätter sähen die Zahl der Ende dieser Woche Feiernden einschließlich der Bergleute auf zwei Millionen. In den Häfen des Südens sind schon Störungen eingetreten. Die mit Exportwaren beladenen Dampfer liegen fest, 250 000 Klemmer und Metallarbeiter sowie Angehörige der anderen Berufszweige haben in Südwesten die Arbeit plötzlich eingestellt. In Manchester sind 70 000 Arbeiter der Baumwollspinnereien und der Metallbranche von der Arbeitseinstellung bedroht. 80 000 Metallarbeiter in Sheffield auf eine Woche gekündigt worden. Die Stahlwerke in Leeds sind geschlossen worden. In Westschottland und in Glasgow ist die Lage in der Industrie beunruhigend. Die Baumwollspinnereien von Glasgow, die die Arbeit zum Teil schon eingestellt hatten, sind ausnahmslos von einer gänzlichen Unterbrechung der Arbeit bedroht.

London, 18. Oktober. (Sabot.) In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der Vertreter von 25 000 Transportarbeitern von London wurde eine Resolution im Sinne einer nationalen Forderung angenommen, die sich für einen Mindestlohn von 4 Pfund 7 Schilling pro Woche ausspricht. Ferner wurde die Streikankündigung mit einer Frist bis zum 23. Oktober beschlossen. Die Resolution besagt auch, daß die Transportarbeiter bereit seien, allen auf Grund der Solidarität mit den Bergarbeitern erlassenen Beschlüssen nachzukommen.

Keine Einheitsfront in der Schweiz.

Neuenburg, 18. Oktober. Auf dem Kongress des schweizerischen Sozialdemokratischen Gewerkschafts-

